

**Beschlussempfehlung mit Berichten
zum Antrag an die Bundesregierung
zum weltweiten Eintreten für die Pressefreiheit und gegen Journalistenverfolgung**

Drucksache JuP-11/7

Die Seiten 1 und 2 (Beschlussempfehlung) enthalten das Arbeitsergebnis des Auswärtigen Ausschusses.

Sofern Änderungen am Text des Antrages empfohlen werden, sind diese auf der Seiten 2 so einzutragen, dass eine Zuordnung zum ursprünglichen Textentwurf eindeutig ist.

In der rechten Spalte ist je nach Zusammenhang zu vermerken:

- unverändert
- entfällt
- wird wie folgt geändert:
- neu eingefügt:

Die Seiten 3 und 4 enthalten die Berichte der mitberatenden Ausschüsse.

Seite 3 wird ausgefüllt vom Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Seite 4 vom Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

Der Bericht soll in prägnanter Form zum Ausdruck bringen, was der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mitzuteilen hat. Er kann enthalten:

- allgemein gehaltene Hinweise auf wichtige Aspekte, die bei der Abfassung der Beschlussempfehlung Berücksichtigung finden müssen
- Hintergrundinformationen und kurze Erläuterungen von Zusammenhängen, die dem federführenden Ausschuss so möglicherweise nicht bekannt sind.

**Beschlussempfehlung
des Auswärtigen Ausschusses**

**zum Antrag der Fraktionen CVP und LRP
- Drucksache JuP-11/3 -**

„Antrag an die Bundesregierung zum weltweiten Eintreten für die Pressefreiheit und gegen Journalistenverfolgung“

Beschlussempfehlung

Das Parlament wolle beschließen,

den Antragsentwurf auf Drucksache JuP-11/3 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Berlin, den 20. Mai 2011

Der Auswärtige Ausschuss

Vorname Name

Vorsitzende(r)

Mobilnummer:

Vorname Name

Stellv. Vorsitzende(r)

Mobilnummer:

Zusammenstellung

„Antrag an die Bundesregierung zum weltweiten Eintreten für die Pressefreiheit und gegen Journalistenverfolgung“

– Drucksache JuP-10/3 –

mit den Beschlüssen des Auswärtigen Ausschusses

Entwurf**Beschlüsse des Auswärtigen Ausschusses**

—

**Antrag an die Bundesregierung
zum weltweiten Eintreten für die Pressefreiheit und
gegen Journalistenverfolgung**

—

**Antrag an die Bundesregierung
zum weltweiten Eintreten für die Pressefreiheit und
gegen Journalistenverfolgung**

Der deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Unablässig alle Möglichkeiten zu nutzen, um im In- und Ausland für eine freie Presse und damit gegen jede Form der Journalistenverfolgung einzutreten;
2. In bilateralen Gesprächen mit den Regierungen einen nachhaltigen Dialog darüber zu führen, wie die Situation der Journalisten verbessert werden kann;
3. Insbesondere im Rahmen der Europäischen Union alles zu unternehmen, um die freie Entfaltung der Presse zu gewährleisten und anzuregen, dass die Mitgliedstaaten gemeinsam einen Standard für unabhängige Medienarbeit entwickeln.
4. Im Rahmen der Vereinten Nationen auf die Einrichtung eines Hohen Kommissars für Pressefreiheit (UNHCFP) hinzuwirken. Der Hohe Kommissar soll vom Generalsekretär der Vereinten Nationen ernannt werden und nach Bestätigung durch die Generalversammlung diesem unterstellt sein. Er soll der Generalversammlung der UN jährlich Bericht über die Entwicklung der Pressefreiheit in allen Staaten der Welt erstatten und Vorschläge unterbreiten, wie gegen aktuelle Verstöße vorzugehen ist. Er soll sich zudem in bi- und multilateralen Gesprächen, Organisationen und Foren mit Vertretern staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure für die weltweite Anerkennung und Einhaltung der Pressefreiheit einsetzen.

Bericht des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union an den Auswärtigen Ausschuss

Der Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union hat den in Drucksache JuP-11/3 vorliegenden Entwurf eines Antrages an die Bundesregierung zum weltweiten Eintreten für die Pressefreiheit und gegen Journalistenverfolgung beraten und ist zum folgenden Ergebnis gekommen:

Berlin, den 20. Mai 2011

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Vorname Name

Vorsitzende(r)

Mobilnummer:

Vorname Name

Stellv. Vorsitzende(r)

Mobilnummer:

Bericht des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe an den Auswärtigen Ausschuss

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe an den in Drucksache JuP-11/3 vorliegenden Entwurf eines Antrages an die Bundesregierung zum weltweiten Eintreten für die Pressefreiheit und gegen Journalistenverfolgung beraten und ist zum folgenden Ergebnis gekommen:

Berlin, den 20. Mai 2011

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Vorname Name

Vorsitzende(r)

Mobilnummer:

Vorname Name

Stellv. Vorsitzende(r)

Mobilnummer:
